REITSCHULE-INITIATIVE: NEIN! ★ AM 26. SEPTEMBER 2010 ★

lautstark! antifa-zeitung #18

September 2010

Antifa Bern
Postfach 5053
3001 Bern
info@antifa.ch
www.antifa.ch

Rechtsextreme Ideologie für breites Publikum

Ob mit Plakatkampagnen oder mit gemeinsamen Aufmärschen: Die Berührungsängste zwischen SVP und Neonazis schwinden.

Seite 2

Mit angezogener Handbremse unterwegs

Ein Blick auf das Jahr 2009 zeigt, dass es um die organisierten Neonazis in der Schweiz ruhiger geworden ist.

Seite 5-6

Burgdorfer Neonazi-Bar

Die Türen sind bereits wieder geschlossen. Ein Rückblick auf das kurze Intermezzo der «Royal Aces Tattoo-Bar» in Burgdorf.

Seite 7

Rassismus als Kompromiss?

Zur rechtspopulistischen SVP und zum Umgang damit

Manchmal hilft der Blick von aussen: Wenn ausländische Medien und Intellektuelle über die Schweizerische Volkspartei (SVP) sprechen, dann ist die Rede von «Rechtspopulismus» und «Rechtsaussenpartei» (Radio Netherlands Worldwide), von den «Lieblingen der europäischen Rechten» (Spiegel) oder den «Rechtsradikalen in den Alpen» (Süddeutsche Zeitung). Hierzulande wird die SVP von den Medien, der politologischen Zunft und der breiten Masse weitgehend als volksnahe Bürgerpartei und politische Partnerin gehandelt. Immer wieder mal kritisiert man ihren scharfen Ton und das unermüdliche Rumreiten auf dem «Ausländerthema». Aber der rechtspopulistische, rassistische und antidemokratische Kern dieser Partei wird nicht angetastet. Er wird selten benannt, oft auch nicht erkannt.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Fast ein Drittel der stimmberechtigten Wählerinnen und Wähler steht hinter der SVP. Dieses politische Machverhältnis bewirkt keinen Aufschrei, sondern Duckmäusertum. Anstatt sich dem wachsenden Rechtspopulismus in diesem Land zu stellen, wird einfach die politische Mitte nach rechts verschoben. Und schon haben wir wieder eine «normale» Partei auf einer «normalen» Politskala von Rechten und Linken. Es ist die ewige Suche nach einer vermeintlichen Ausgewogenheit, ein selbstauferlegter Zwang zur schweizerischen Harmonie, dem vieles zum Opfer fällt. Nicht zuletzt auch die demokratischen Grundsätze, die auf Menschenwürde und dem Glauben an die Gleichwertigkeit der Menschen aufbauen. Statt dass auf dem politischen Parkett die Werte der Menschlichkeit verteidigt oder überhaupt erkämpft werden, wird zugunsten der harmonischen Mitte-Idee immer wieder der Kompromiss gesucht. Und solche Kompromisse fallen dann meist zu Ungunsten von Gleichheit und Menschlichkeit aus. Unzählige Beispiele der letzten Jahre in der Sicherheits-, der Migrations-, aber auch der Bildungs- und Wirtschaftspolitik zeugen davon.

Erdachte Wurzeln einer modernen Partei

Die SVP ist rechtsradikal, sie ist nach einem Führerprinzip strukturiert, und sie verdankt ihren Erfolg unter anderem einer modernen Kampagnen-Maschinerie, in welche Millionenbeträge gesteckt werden. Der Irrglaube, dass die heutige SVP eine althergebrachte, gutschweizerische und historisch tief verwurzelte Partei sei, ist leicht widerlegbar. Zwar wollen wir hier nicht darüber sinnieren, was «Gutschweizertum» ausmacht; jeder kann sich nach eigenem Gusto aus der Mythenkiste bedienen, und wir für unseren Teil verzichten gerne darauf. Aber mit dem Label «althergebracht und traditionsreich» lässt sich leicht aufräumen. Die heutige SVP hat sich in den 1990er-Jahren stark erneuert, modernisiert und professionalisiert. Tradition ist ein aufgeblähtes Schlagwort, das mit viel Energie von der Partei selber konstruiert wird. Etwa wenn Christoph Blocher sich in einem Referat als Nachfolger in die Ahnenreihe des Politikers Ulrich Ochsenbein († 1890, Schöpfer der Bundesverfassung von 1848), des Bundesrats Rudolf Minger († 1955, «Bauernführer» und Bundesrat während des Zweiten Weltkriegs) und des Malers Albert Anker († 1910) stellt. Solche Bezüge sind eine Kopfgeburt von Blocher & Co. Die Partei-Agitatoren erfinden dort ihre Wurzeln, wo sie diese brauchen. Die Struktur der heutigen SVP und deren Erfolg sind das Resultat einer popu-listischen Parteiform, wie sie in den letzten zwei Jahrzehnten formiert worden ist. Wesentlich dazu beigetragen hat der Zürcher Milliardär Christoph Blocher.

Der Weg zur «neuen» SVP

Die SVP wurde am 22. September 1971 gegründet, als sich die Bauern-Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) und die Demokratischen Parteien der



Widerstand im Kleinen.

Kantone Graubünden und Glarus zusammenschlossen. Zu diesem Zeitpunkt bestanden die Parteimitglieder und die Wählerschaft der SVP noch aus einer bäuerlich-gewerblichen Schicht in der ländlichen Deutschschweiz. Dies änderte sich in den Folgejahren stetig. Die neu entstandene SVP profilierte sich als «Partei der Mittelstandes», wo neben Kreisen der Landwirtschaft und des Gewerbes vor allem auch Arbeitnehmerinnen und -nehmer angesprochen wurden. Richtig erfolgreich wurde die SVP dann in den 1990er-Jahren mit ihrem Zugpferd Christoph Blocher. Die SVP schrieb sich von nun an die Bewahrung der schweizerischen Identität auf die Fahne und erzielte damit sensationelle Wahlerfolge. Zu ihren wichtigsten Themenfeldern gehören die Asyl- und Migrationspolitik und die damit verbundenen Fragen der Inneren Sicherheit. Gleichzeitig distanzieren sie sich im Namen der «Neutralität» von transnationalen Organisationen und Organisationsformen wie beispielsweise dem EWR, der UNO oder der NATO.
Zwei Ereignisse in den 1990er-Jahren

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Wer mit Unwahrheiten eine Bühne betritt, dem sei Misserfolg gegönnt. Diese Erfahrung machte richtigerweise auch der profilierungssüchtige Rechtsaussen-Politiker Erich Hess mit der Lancierung der fünften Anti-Reitschule-Initiative. Er wollte einmal mehr die politische Bühne aufmischen und sich als Winkelried der angeblich von der Reitschule bedrohten Bernerinnen und Berner präsentieren. Seine Bühnenpräsenz ist und bleibt jedoch kümmerlich. Müslüm beatet Hess im Rahmen der «Reitschule bietet mehr»-Kampagne Paroli und stiehlt ihm gekonnt die Show. Über 280'000 Mal wurde das Musikvideo zum Song «Erich, warum bisch Du nid Ehrlich» bereits über «YouTube» aufgerufen. Zusätzlich gelang Müslüm temporär der Einzug in der «Top 10» der iTunes-Single-Charts. Von Klickraten dieser Art ist «TeleHESS» weit entfernt.

In der aktuellen Ausgabe des «lautstark!» geben wir dir erneut spannende Einblicke in Machenschaften der Extremen Rechten. Du erfährst, was Rechtspopulisten in den Niederlanden treiben und warum 2009 für Schweizer Neonazis nicht das beste Jahr gewesen ist. Zudem zeichnen wir schlaglichtartig die Entwicklung der SVP nach und veranschaulichen deren immer fremdenfeindlich und rassistisch werdenden Auftritt.

Viel Spass beim Lesen!

Antifa Bern

halfen der SVP in besonderem Masse, sich in dieser neuen Ausrichtung zu profilieren. 1992 wusste die SVP die EWR-Abstimmung geschickt für ihre Zwecke zu nutzen. Damals verhinderte die SVP mit einer Volksinitiative erfolgreich den Schweizerischen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Sie spielte sich im Abstimmungskampf als Winkelried gegen fremde Vögte auf und galt bei ihren Wählerinnen und Wähler von nun als Bewahrerin der schweizerischen Neutralität. Mitte der 1990er-Jahre gerieten die Verantwortlichen von Politik und Wirtschaft unter internationalen Druck, weil sich das Land seit 50 Jahren weigerte, ihre Rolle während des Zweiten Weltkrieges aufzuarbeiten. Blocher sprang als «Anwalt der Schweiz» ein und erntete damit vom Neonazis bis hin zum Mittelstandsbünzli viel Sympathie.

Mit Rassismus auf Stimmenfang

Die Politstrategie der SVP war begleitet von einer immer professioneller werdenden Kampagnenarbeit, die mit viel Geld – unter anderem auch aus dem Hause Blocher – getragen wurde. Markenzeichen wurden vor allem die rassistischen Plakate. Meistens im Zusammenhang mit Initiativen waren diese schweizweit ausgehängt und sorgten mit ihren provokativen Inhalten für viel mediales Aufsehen. Die Reaktionen spielten so oder so der SVP in die Hände. Wenn die Plakate totgeschwiegen wurden, legitimierte dies ihren rassistischen Inhalt. Wurde darüber berichtet, dann verschaffte dies indirekt auch den programmatischen Anliegen der SVP zusätzliche Aufmerksamkeit. Die Medien verschärften dieses Dilemma zusätzlich, indem sie die Stilfrage undifferenziert aufgriffen und inszenierten. Denn es ging und geht auch heutzutage immer um mehr als eine blosse «Stilfrage».
Von 1991 bis 2007 konnte die SVP mit der neuen Ausrichtung ihre Sitze im Nationalrat mehr als verdoppeln (2007: 28 Prozent, 62 Sitze) und wurde damit zur wählerstärksten Partei der Schweiz. So kam es, dass die Schweiz heute zu einem Drittel von rechtspopulistischen Rassisten regiert wird und die restlichen zwei Drittel den Kopf in den Sand stecken und Kompromisse suchen.

SVP – ein europäisches Phänomen?

Der Spiegel-Journalist Charles Hawley formulierte treffend, dass die SVP spätestens seit der erfolgreichen Minarett-Initiative vom letzten Jahr zum «Darling of the European Right» erkoren wurde. Die politischen Anliegen der SVP sind mit vielen rechtspopulistischen und neonazistischen Bewegungen im nahen Ausland vergleichbar. So gesehen ist das Programm der SVP ein europäisches Phänomen. Überall geht es um den Ausschluss von Menschen und die Stärkung des nationalen Wir-Gefühls. Die Slogans sind unterschiedlich und doch so gleich: «Eigen volk eerst» (Vlaams Blok, Niederlande), «Österreich zuerst» (Freiheitliche Partei Österreich), «les français d' abord» (Front National, Frankreich) – oder eben «Die Schweizer zuerst». Mit diesem Slogan warb die SVP im Vorfeld der Zürcher Stadtratswahlen im Frühjahr 2010.

Es wird europaweit gegen eine «Classe politique» polemisiert, welche die Anliegen der Bevölkerung nicht wahrnehme. Gleichzeitig spielen die rechtspopulistischen Parteien aber selber mehr oder weniger erfolgreich im politischen Machtkarussell mit. Gerade die SVP ist mit ihren finanziellen Mitteln und der aktuellen politischen Macht eine Partei der Elite und nicht der «kleinen Leute». Ein weiteres Thema, das die europäischen Rechtspopulisten eint, ist die gnadenlose Polemik gegen Migrantinnen und Migranten und andere Gruppen, die nicht zur Nation gezählt werden. Mit radikalen Forderungen und einer drastischen Bildsprache appellieren diese Parteien an fremdenfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung und kultivieren diese zugleich. In den letzten zehn Jahren haben die europäischen Rechtsaussenparteien den Islam und die muslimische Bevölkerung zum wichtigsten Feindbild dieser Ausschluss- und Identitätspolitik erkoren.

Urteil: Volksverhetzung

Die SVP dient der europäischen Rechten vor allem aufgrund ihres Wahlerfolgs als beliebtes Vorbild. In jüngster Vergangenheit begannen auch neonazistische Parteien sich offiziell an der SVP zu orientieren. Beispielsweise die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD), die bereits mehrmals die Sujets und die Bildsprache von SVP-Plakaten eins zu eins für eigene Kampagnen übernommen hat. Jüngstes Beispiel ist das Rabenplakat, das im Rahmen der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit (2009) für Furore sorgte. Auf dieser Affiche sind überdimensionierte schwarze Raben zu sehen, die mit ihren scharfen Schnäbeln über die Schweiz herfallen. Die NPD übernahm die Bildgestaltung der SVP für ein Wahlplakat in Mecklenburg-Vorpommern. Darunter platzierten sie den Spruch «Poleninvasion stoppen!». Das deutsche Bundesverfassungsgericht befand daraufhin, dass die Text- und Bildelemente des NPD-Plakats sowie deren Gestaltung ein Angriff auf die Menschenwürde anderer seien und deshalb nicht öffentlich angebracht werden dürfen. Indirekt bedeutet dies, dass die SVP-Plakate in Deutschland vom Bundesverfassungsgericht als Volksverhetzung beurteilt werden. Und hier haben wir ihn wieder, den Blick von aussen….

SVP und die Neonazis

Das enge Verhältnis zur Extremen Rechten

Dass SVP-Forderungen auch bei Neonazis gut ankommen, überrascht kaum, wenn man sich die Schäfli-Plakate, die Kampagne zur Minarett-Initiative oder die unsägliche Volksbefragung über Ausländerinnen und Ausländer, die momentan läuft, vor Augen hält. Die Berührungsängste zwischen der SVP und der Extremen Rechten nehmen ständig ab, wie einige aktuelle Beispiele zeigen.



Neonazis zeigen Flagge: SVP-Veranstaltung am 6. Oktober 2007 in Bern.

Die Kontakte zwischen der SVP und der rechtsextremen Szene häufen sich. Durch ihren strammen Rechtsaussen-Kurs hat die Partei um Christoph Blocher alle rechts von ihr positionierten Parteien aufgesaugt und damit auch deren Weltbild. Die SVP toleriert keine Partei mehr, die noch weiter rechts politisiert.
Im Gegensatz zu den 1990er-Jahren würden Rechtsextremisten wie der Aargauer Pascal Trost (mittlerweile bei der PNOS) oder der Genfer Anwalt und Nationalratskandidat Pascal Junod heute wohl nicht mehr aus der SVP ausgeschlossen, sondern toleriert und gefördert. Obwohl es bei Junod im Jahre 1999 – er ist ein umtriebiger Exponent der rassistisch inspirierten «Nouvelle Droite» («Neue Rechte») – lange ging und viel öffentlichen Druck brauchte, bis er endlich nicht mehr SVP-Parteimitglied war. Was seine politischen Ambitionen leider nicht stoppte: Das Genfer Parlament wählte Junod 2007 in die kantonale Rekurskommission der Fremdenpolizei, dieses Mal als Vertreter der in Genf starken, rechtspopulistischen Partei «Mouvement citoyens genevois» («Genfer Bürger-Bewegung»).

SVP will mit Neonazis zum Schlachtdenkmal ziehen

In den letzen Jahren verkam die jährliche Schlachtfeier in Sempach zum grössten Aufmarsch der rechten Szene in der Schweiz (siehe Artikel auf der Seite 7). Nachdem die Luzerner Jusos und Antifas 2009 eine friedliche Kundgebung abhielten, reagierten die lokalen Behörden und überarbeiteten ihr Konzept. So soll nächstes Jahr anstelle des Umzuges ein Fest im Städtchen stattfinden. Der SVP aber will die bisherige Schlachtfeier weiterführen. Sie reichte deshalb eine Petition mit 500 Unterschriften ein. Unterschrieben haben offenbar auch der SVP-Verteidigungs- und Sportminister Ueli Maurer sowie ein Dutzend Nationalrätinnen und Nationalräte die Petition unterschrieben.

Die SVP des Kantons Luzern liess sich auf ihrer Website zur Behauptung hinreissen, dass noch nie Neonazis am Umzug in Sempach teilgenommen hätten. Vielmehr seien es ausschliesslich «friedliche und anständige junge Patrioten» gewesen – eine üble Verharmlosung durch die wählerstärkste Partei der Schweiz. Selbst wer flüchtig hinschaut, erkennt unschwer, dass sich die gesamte rechtsextreme Szene der Schweiz dort gerne präsentiert: von der Naziskin-Organisation «Blood and Honour» über die Rechts-Rocker der Band «Indiziert», die Holocaust-Leugner der «Avalon-Gemeinschaft», die diversen Kameradschaften bis hin zu den Kadern der rechtsextremen Kleinstpartei PNOS, wie ein Artikel des Autonomen Medienkollektiv Freiburg über den Naziaufmarsch in Sempach 2008 eindrücklich bewies.

Der Präsident der Jungen SVP Luzern, Anian Liebrand, demonstrierte in einem Leserbrief in der «Neuen Luzerner Zeitung» seine ideologische Nähe zu den Neonazis. Er stufte einen ans Winkelried-Schlachtdenkmal gemalten «No Nazis»-Spruch als schlimmer ein als den jährlichen Aufmarsch der rechten Szene, welcher der Vernetzung und der Stärkung der Schweizer Neonazis dient. Liebrand offenbarte dabei auch ein schon lange überholtes Geschichtsbild, indem er von Winkelried als Freiheitskämpfer für die Schweiz schwafelte. Die 100 Jahre nach der Schlacht erfundene Figur hat überhaupt nichts mit der heutigen Schweiz zu tun.

So erstaunt es auch nicht, dass die Junge SVP Luzern die Malaktion wie auch die friedliche Demonstration als Angriff auf ein «friedliches patriotisches Fest» versteht und gegen die Jusos und die SP wettert. Sie möchte wohl am liebsten wieder mit den Rechtsextremen, die gerne ihre Tattoos mit nationalsozialistischer Symbolik (Keltenkreuz, Schwarze Sonne) oder Sprüchen wie «Ehre, Treue, Vaterland» und «Meine Ehre heisst Treue» zur Schau stellen, zum Schlachtdenkmal pilgern und ihre krude Weltanschauung zelebrieren.

Rechtsextremer jurassischer Nationalrat

Eher überraschend wurde 2007 der Jurassier Dominique Baettig für die SVP in den Nationalrat gewählt, hatte doch die SVP im Jura lange als Berner Staatspartei gegolten und kaum Chancen gehabt. Ende der 1970er-Jahre war Baettig verantwortlicher Herausgeber der rechtsextremen Zeitschrift «Avant-Garde» gewesen und hatte, so die Zeitung «Le Quotidien Jurassien», die «nazi-maoistische» Querfrontengruppe «Lutte du peuple» («Volkskampf») gegründet. Später hatte Baettig die Gruppe «Lutte du peuple» mit einer anderen Kleinstgruppe zum «Nouvel Ordre Social – Groupe de base nationaliste-révolutionnaire suisse» («Neue soziale Ordnung – schweizerische nationalrevolutionäre Basisgruppe») verschmolzen. Die Gruppe hatte ein Heft voller antisemitischer und rassistischer Anspielungen publiziert und bei den Artikeln fast ausnahmslos auf Autorenangaben verzichtet. Als verantwortlicher Herausgeber hatte jedoch ein gewisser «D. Baettig» fungiert.

Als ihn der Rechtsextremismus-Kenner Hans Stutz auf seine Vergangenheit ansprach – der entsprechende Artikel in der Wochenzeitung WOZ vom 10. Dezember 2009 ist online abrufbar und erzählt die Biografie des SVP-Nationalrats nach –, vermochte sich Baettig an nichts mehr zu erinnern. Jedoch scheint sich sein Weltbild in den letzten dreissig, vierzig Jahren nicht gross verändert zu haben. So schrieb er in der Zeitung «Schweizerzeit» seines Zürcher Parteikollegen Ulrich Schlüer, dass es eine «Hitliste» von Opfern gebe, auf der die Opfer des Holocaust zu oberst stünden. Zwar leugnete Baettig die millionenfache Ermordung der Juden im Dritten Reich nicht, fand aber, der Shoa werde viel zu viel Bedeutung beigemessen.
Im Oktober 2009 trat Baettig als Referent an einem rechtsextremen Kongress in der südfranzösischen Stadt Orange auf. Er behauptete danach, im Vorfeld nichts vom rechtsextremen Charakter der Veranstal-

tung gewusst zu haben. Dies obwohl ihn das Westschweizer Fernsehen schon im Juli 2009 mit diesen Fakten konfrontiert hatte! Eingeladen worden war er vom Präsidenten der «Jeunesse Identitaire Genevoise», Jean-David Cattin. Dies alleine hätte ihn aufhorchen lassen müssen, denn die «Identitaires»-Bewegung, die sich ausserparlamentarisch betätigt, ist neben dem «Front National» von Jean-Marie Le Pen die grösste rechtsextreme Gruppierung in Frankreich. Siehe hierzu auch das Interview mit einem Vertreter der französischen Antifa-Organisation «SCALP» in der «lautstark!»-Ausgabe 15 vom Juli 2008. Die Genfer Sektion der «Identitaires» ist bestens vernetzt mit ihren französischen Gesinnungsgenossen. In seiner Rede übrigens bezeichnete Baettig Minarette als phallische Symbole und als Zeichen männlicher Potenz. Der Applaus der rechtsextremen Zuhörerschaft war ihm gewiss.

2010 erhielt Baettig wieder viel mediale Aufmerksamkeit, als er vorschlug, die Schweizer Verfassung zu ändern, so dass benachbarte Gebiete der Schweiz beitreten könnten. Ein Mitglied der Partei, die wegen ein paar 10'000 zugewanderten Deutschen weint und gegen Einbürgerungen wettert, will beispielsweise 10,7 Millionen Baden-WürttembergerInnen zu SchweizerInnen machen. Wer soll das noch verstehen?

Offene Kontakte zu deutschen Neonazis

Mitte Dezember 2009 trat der Präsident der Aargauer SVP-Grossratsfraktion, Andreas Glarner, der rechtspopulistischen Organisation «Pro Köln» bei. Diese wird vom Verfassungsschutz des deutschen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen verdächtigt, rechtsextremistisch zu sein. Jeder Versuch der Organisation, dies per Gerichtsentscheid ändern zu lassen, scheiterte bislang. Für diverse deutsche Gerichte gibt es genügend Beweise, welche diesen Verdacht stützen. Glarner, der für plumpe und rassistische Wahlkampfparolen wie «Aarau statt Ankara» bekannt ist, sieht dennoch keinen Grund, seinen Beitritt rückgängig zu machen.

Ende März 2010 traf sich die «Pro»-Bewegung zu einer Konferenz in Gelsenkirchen. In diesem Rahmen fand auch eine von «Pro Köln» und der neonazistischen NPD gemeinsam organisierte Demonstration im benachbarten Duisburg statt. Noch rechtsextremer kann eine Manifestation kaum sein! Dennoch schickte der Walliser SVP-Nationalrat Oskar Freysinger eine Grussbotschaft an die versammelten Islamhasser und Neonazis und sprach sie mit «liebe abendländische Freunde» an. In seiner kurzen Botschaft erzählte er von einer angeblichen islamischen Verschwörung, die das Abendland bedrohe, und kündigte an, zusammen mit den Neonazis gegen den Totalitarismus kämpfen zu wollen.
Die SVP ist mit populistischer Panikmache und Hetze erfolgreich geworden. Und sie will noch stärker werden. Um ihr Ziel zu erreichen, scheut sie sich nicht davor, mit Neonazis zusammenzuarbeiten oder sie in den eigenen Reihen aufzunehmen. Rechtsextremes Gedankengut fliesst so in die Ideologie der Partei ein und wird einem breiteren Publikum zugänglich.



Minarett-Debatte eint die europäische Rechte. «Pro-Bewegung» in Essen.

Mit «Kopftuch-Steuer» auf Stimmenfang

Blütezeit der islamophoben «Partei für Freiheit» in den Niederlanden

Seit zehn Jahren wird die Debatte über die Integrationsthematik in den Niederlanden von rechten Populisten dominiert. Zunächst war es Pim Fortuyn, der – direkt nach den Anschlägen in den USA am 11. September 2001 – die politische Arena betrat. Seit 2004 ist es die «Partij voor de Vrijheid» («Partei für Freiheit», PVV), angeführt vom international bekannten, ehemals liberalen Parlamentarier Geert Wilders.

Seit den 1990er-Jahren gibt es in den Niederlanden rund zwei Millionen Wechselwählerinnen und -wähler: Dies entspricht rund einem Fünftel der 150 Parlamentssitze. Die Parteiprogramme unterscheiden sich seit der achtjährigen Regierungskoalition aus Liberalen und Sozialdemokraten Ende des letzten Jahrhunderts nur noch marginal. Die Wechselwählerinnen und -wähler alternieren ungeniert zwischen den traditionellen Parteien wie der rechtsliberalen «Volkspartij voor Vrijheid en Democratie» («Volkspartei für Freiheit und Demokratie», VVD), der sozialdemokratischen «Partij van de Arbeid» («Partei der Arbeit», PvdA), den liberalen «Democraten 66» («Demokraten 66», D66) und dem «Christen Democratisch Appèl» («Christlich-Demokratischer Aufruf», CDA).

Zur selben Zeit wurde das Tabu gebrochen, offen über die in einigen Städten angeblich herrschenden Probleme bei der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu debattieren. Zuvor hatten die rassistischen und faschistischen Parteien dieses Thema besetzt. Nun war es ein sozialdemokratischer Meinungsführer, der mit seinem Artikel «Das Versagen der multikulturellen Gesellschaft» für Aufsehen sorgte.

Fortuyns kometenhafter Aufstieg

Die Anschläge auf das World Trade Center in den USA vom 11. September 2001 entfachten in den Niederlanden eine Serie von Brandanschlägen auf Moscheen und islamische Einrichtungen – es wurden mehr rassistisch motivierte Gewalttaten als in jedem anderen Land Europas verzeichnet. Pim Fortuyn nutzte die Gunst der Stunde und provozierte die politische Ordnung mit Angriffen auf den Islam, die Einwanderung, die Integration und den bisher geltenden antirassistischen Konsens. In seiner Heimatstadt Rotterdam wurde die lokale Liste «Leefbaar Rotterdam» («Lebenswertes Rotterdam») aus dem Nichts zur wählerstärksten Partei. Kurz vor den Parlamentswahlen im Mai 2002 tötete ein Umweltschützer Fortuyn, mit dem Ziel, den Aufstieg des rassistischen und gefährlichen Medienstars zu stoppen.
Trotz – oder vielleicht wegen – dem Tod des Parteivorsitzenden erreichte die «Lijst Pim Fortuyn» (LPF) 26 Sitze und trat sogleich der Regierungskoalition bei. Auf Grund interner Streitigkeiten innerhalb der LPF-Reihen hatte diese Regierung aber keine 90 Tage Bestand. In den folgenden Jahren verschwand die «Lijst Pim Fortuyn» nach und nach von der Bildfläche. Heute existiert sie nicht mehr – abgesehen von einem lokalen Zweig in Rotterdam.

Ein «Tsunami des Islams» über den Niederlanden

Als 2004 ein islamischer Fanatiker in Amsterdam den Filmproduzenten Theo von Gogh ermordete, wurde erneut die multikulturelle Gesellschaft für alle sozialen Probleme im Land verantwortlich gemacht. Die Entrüstung entlud sich wiederum in Brandanschlägen auf Moscheen und einzelnen Übergriffen auf Moslems. In diesem Klima gründete Geert Wilders, der sich im Vorfeld von der rechtsliberalen VVD losgelöst hatte, um einen radikaleren Kurs zu verfolgen, seine anti-islamische «Partij voor de Vrijheid» (PVV). Obwohl er nur einen Sitz im Parlament innehatte, nutzte er diese Plattform geschickt und bestimmte mehr und mehr die politische Debatte über die Einwanderung und den Islam.



Geert Wilders: Mit Mozart-Frisur gegen Kopftücher.

Nach jedem Vorfall übertraf sich Wilders mit immer radikaleren Forderungen: So wollte er radikale Islamisten ohne juristische Interventionen inhaftieren oder die Verfassung zeitweilig ausser Kraft setzen, um den «Strassenterrorismus» zu bekämpfen – sein medienwirksamer Kraftausdruck für Kleinkriminalität der Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Immer wieder sorgte Wilders für Schlagzeilen, indem er einen «Tsunami des Islams» über den Niederlanden hereinbrechen sah. Die politischen Gegner Wilders verhielten sich ruhig. Sie fürchteten sich davor, als links, schwach und soft abgestempelt zu werden. Wilders, der seit 2004 aufgrund fortwährender Morddrohungen schwer bewacht wird, gewann bei den Wahlen 2006 neun Sitze.

Die PVV wird von den unterschiedlichsten Leuten aus den verschiedenen sozialen Schichten unterstützt: ehemalige Liberale, klassische Rassisten, Menschen mit mittlerem Einkommen, die sich vor Moslems fürchten, jedoch hauptsächlich in «weissen» Stadtteilen leben. Zunehmend kann Wilders auch auf die Sympathien von fortschrittlichen Meinungsmachern zählen. Mit der Begründung, die niederländische Gesellschaft vor dem «rückständigen Islam» beschützen und die Rechte der Frauen und Homosexuellen aufrechterhalten zu wollen, verteidigen diese Wilders Redefreiheit.
Wilders ist übrigens das einzige Mitglied seiner Partei – so kann er diese voll und ganz kontrollieren. Er lehnt auch Staatssubventionen ab, damit er keinen Einblick in die Parteifinanzen gewähren muss. Die PVV ist denn auch mehr Bewegung als Partei. Dies macht sie bei den Wählerinnen und Wähler so attraktiv.

Wilders Programm

Im April 2010 rief die PVV ihre «Agenda für Hoffnung und Optimismus» ins Leben, die sich hauptsächlich um Sicherheitsbelange und den Islam dreht. Sie fordert härtere Strafen, 10'000 zusätzliche Polizisten, eine Einschränkung des Entscheidungsspielraums der Richter sowie ein Koran- und Burka-Verbot, einen Einwanderungsstopp für Personen aus islamischen Ländern, keine soziale Unterstützung für Immigrantinnen und Immigranten für die ersten zehn Jahre, eine «Kopftuch-Steuer» oder die Schliessung islamischer Schulen, um nur einige der abstrusen Ideen zu nennen. Ausserdem verlangt die PVV eine «ethnische Registrierung» aller Bürgerinnen und Bürger – und stellt somit die Loyalität der Doppelbürgerinnen und -bürger in Frage.
Wilders richtete sein Programm neu

aus – von konservativen, stark neoliberal geprägten Ansichten hin zu einer breiteren, teilweise sozialdemokratisch geprägten Agenda. Die PVV sah sich zu diesem Schritt gezwungen, weil mit dem alten Programm in Zeiten der Wirtschaftskrise keine Wählerstimmen mehr zu holen waren. Die Partei will ihre Politik durch Kürzungen bei der Integration und der Entwicklungshilfe finanzieren. Im Parteiprogramm findet die Förderung von Nationalismus grosse Beachtung: Jede Schule und jedes öffentliche Gebäude soll mit der nationalen Fahne beflaggt, lokale Traditionen geachtet sowie die niederländische (und friesische) Sprache geschützt werden. Am 4. Mai, dem nationalen Gedenktag für die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges, möchte die PVV der «Opfer des (nationalen) Sozialismus» gedenken. Bemerkenswert: Sie macht keinen Unterschied zwischen den Opfern des Nationalsozialismus und des Sowjet-Kommunismus. Und weiter: Das Programm der PVV konstruiert die Vorstellung eines «niederländischen Volkes» und spricht zugleich Teilen der Bevölkerung die Zugehörigkeit ab.



Amsterdam 2010: Proteste für Wilders.

Das Wahljahr 2010

Bei den nationalen Parlamentswahlen im Juni 2010 gelang es Wilders PVV, einen Coup zu landen: Die Partei gewann 24 Parlamentssitze und ist neu die drittstärkste Partei der Niederlanden. Über 1,5 Millionen Menschen wählten die PVV. Geert Wilders bemühte sich intensiv, Teil der neuen Regierung zu sein und den Einzug der sozialdemokratischen PvdA zu verhindern. Nicht nur in der Anti-Islam-Agenda, sondern auch in wirtschaftspolitischen Fragen unterschied sich jedoch seine PVV von den möglichen Koalitionspartnern VVD und CDA. Prominente Vertreterinnen und Vertreter dieser Parteien – vor allem der CDA – warnten vor einem Bündnis mit der PVV, da dadurch das Ansehen der Niederlande aussenpolitisch Schaden nehmen würde und wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen könnte.

Im August einigten sich die drei Parteien dennoch auf eine von Wilders geduldeten Minderheitsregierung aus VVD und CDA. Die anschliessenden Gespräche über einen Duldungsvertrag standen aber von Beginn weg unter keinem guten Stern. Mehrere CDA-Parlamentarier protestierten gegen die geplante Koalitionsbildung und verweigerten Wilders die von ihm geforderten Loyalitätszusicherungen. Sie störten sich insbesondere daran, dass sich der PVV-Chef ausbedungen hatte, weiterhin die islamische Religion kritisieren zu dürfen. Anfang September verliess Wilders die Gespräche und kündigte an, in die Opposition gehen zu wollen. Damit stehen die Niederlande knapp drei Monate nach den Parlamentswahlen immer noch ohne konkrete Aussicht auf eine neue Regierung da. Im Parlament kehrte Wilders mittlerweile zu seiner rechtspopulistischen Agitation zurück, zum Beispiel, als eine Studie mit Statistiken über Verbrechen unter Marokkanern publiziert wurde. Er forderte kurzum die Bildung einer speziellen «Strassenterror»-Sondereinheit der Polizei, die Verschärfung der Strafgesetzgebung und die Ausbürgerung von Straftätern, so dass diese, Zitat Wilders, «die Strassen von Rabat und Casablanca anstelle der niederländischen Städte terrorisieren» können.

Wilders politische Gegner in den Niederlanden geben sich handzahm. Nur der prominente Liberale und ehemalige Parlamentsvorsitzende Frans Weisglas prangerte offen die Hetze der PVV an, indem er erklärte, dass «der Ausschluss und die Diskriminierung einer Gruppe von Menschen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit nicht zu unserem Verfassungsstaat passen».

Applaus aus dem Ausland

Ausserhalb der Niederlande wird Wilders als «Freiheitskämpfer gegen den Islam» gefeiert und kann auf die Unterstützung von Ultrakonservativen in den USA, Dänemark, Israel oder Grossbritannien zählen. Er versucht, den Kampf gegen den Islam in den Mittelpunkt der niederländischen Aussenpolitik zu rücken, und unternimmt Anstrengungen, eine internationale Anti-Islam-Koalition aufzubauen, indem er ein neues Netzwerk etabliert: die internationale Freiheitsallianz (IFA). Diese Allianz soll offenbar die Lücke zwischen den traditionellen konservativen Parteien und den rechtsextremen Organisationen schliessen.

Am 11. September 2010 wird Wilders am «Ground Zero» anti-islamische und Anti-Obama-Ressentiments äussern, wenn er auf Einladung der «Stop the Islamisation of America»-Bewegung spricht. Seine Rede wird Teil des Protestes gegen den Bau einer Moschee in der Nähe des Schauplatzes des islamistischen Terroranschlags von 2001 sein.

Diesen Oktober, nur ein paar Wochen nach seiner Rede am «Ground Zero», wird sich eben jener Verfechter von harten «Law and Order»-Massnahmen vor Gericht einfinden müssen, wo er wegen Schüren von Hass und Diskriminierung auf der Anklagebank sitzt. Die Rassisten, Faschisten und Fussball-Hooligans der «English Defence League», welche Wilders dieses Jahr in London begrüsst haben, werden nach Amsterdam reisen, um gemeinsam mit ihren niederländischen Verbündeten eine Unterstützerdemonstration für Wilders durchzuführen.

Die Abgeordneten der PVV im Europäischen Parlament möchten Geert Wilders für den Andrej-Sacharow-Preis nominieren – einen Preis für Persönlichkeiten, welche sich für Redefreiheit und Menschenrechte engagieren. Bisherige Preisträger sind unter anderem Nelson Mandela oder Burmas Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi. Dass die PVV einen rechtsextremen Fanatiker wie Wilders vorschlägt, zeigt, dass sie den Bezug zur Realität gänzlich verloren hat.

Jeroen Bosch, Redaktor der «Alert!»
www.alertafa.net

10. Antifa-Abendspaziergang

Mit Beharrlichkeit gegen Rechts

Das «Bündnis Alle gegen Rechts» ruft für den 2. Oktober 2010 zum «10. Antifaschistischen Abendspaziergang» in Bern auf – und beweist damit Beharrlichkeit und Kontinuität. Eigenschaften, die bitter nötig sind in diesen Hoch-Zeiten der Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit.

Mehr als zehn Jahre ist es her, seit das damals frisch gegründete «Bündnis Alle gegen Rechts», ein Zusammenschluss mehrerer Berner Antifa-Gruppen, mit dem ersten «Antifaschistischen Abendspaziergang» ein Ausrufezeichen gegen Neonazis und rechte Gewalt setzte. Das Konzept des «Antifaschistischen Abendspaziergangs» stammte aus Zürich – wo Antifa-Aktivistinnen und -Aktivisten in den späten 1990er-Jahren gezielt Treffpunkte der Rechtsextremen im Niederdorf angegriffen hatten – und wurde für Bern erfolgreich adaptiert. Bis zu 4000 Teilnehmende liessen sich in den Jahren 2003 und 2004, dem Höhepunkt der «Abendspaziergang»-Bewegung, mobilisieren – dies trotz übler Panikmache in den Medien und durchsichtigem Wahlkampftheater der Lokalparteien. Die Tonalität war stets kämpferisch. Bereits der Aufruf zum ersten «Abendspaziergang» gab den Takt vor: «Wir wollen uns einen Abend lang die Strassen der Berner Innenstadt nehmen und manifestieren: No way Nazis! No way Blocher! Solidarität statt Ausgrenzung!»

Parolen, die leider bis heute nichts an Aktualität und Dringlichkeit eingebüsst haben. Im Gegenteil: Mehr denn je vergiftet die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei (SVP) mit Hetzkampagnen gegen AusländerInnen, sozial Schwache und Andersdenkende das politische Klima – ein aktuelles Beispiel ist die völkerrechtswidrige «Ausschaffungsinitiative». Sie tut dies mit durchschlagendem Erfolg: Auch die politische Mitte übt und überbietet sich mittlerweile im Postulieren islam- und fremdenfeindlicher Forderungen.

Am äussersten rechten Rand hält sich eine Neonazi-Szene, die zwischen politisch ambitionierten Projekten und stumpfer Naziskin-Subkultur oszilliert. Und deren menschenverachtendes Weltbild immer wieder auch in gewalttätigen Übergriffen gipfelt.

Der Aufruf zum «10. Antifaschistischen Abendspaziergang» bringt es auf den Punkt: Es gibt keinen Grund, sich auszuruhen.

Heraus zum 10. Antifaschistischen Abendspaziergang!
Samstag, 2. Oktober 2010, 20 Uhr, Heiliggeistkirche, Bern



Sind die fetten Jahre vorbei?

Die Extreme Rechte in der Schweiz im Jahr 2009

Wenn einem die erfolgreiche SVP vor der Sonne steht: Die rechtsextreme Szene in der Schweiz kam im vergangenen Jahr nicht vom Fleck. Und kämpfte mit hausgemachten Problemen.

Eigentlich hätten Schweizer Neonazis allen Grund zum Frohlocken, sofern sie sich die im Februar 2009 präsentierten Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms über Rechtsextremismus überhaupt zu Gemüte geführt haben: Rund 4 Prozent der Bevölkerung – primär Jugendliche und junge Erwachsene – vertreten eine antidemokratische, autoritäre und gewaltbereite Haltung. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung – bis tief in die Mitte der Gesellschaft – ist xenophob und rassistisch eingestellt: 50 Prozent haben Angst vor Fremden, 30 Prozent vor dem Islam, 20 Prozent sind antisemitisch. Der kontinuierliche und aufdringliche Rechtspopulismus der Schweizerischen Volkspartei (SVP) trägt Früchte. Längst nimmt die Partei mit ihren millionenschweren Kampagnen gegen «Überfremdung» und «Sozialschmarotzertum» europaweit eine Pionierrolle ein.

Bewegung im Stillstand

Und dennoch: Die rechtsextreme Szene kann aus dieser Atmosphäre der Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung kaum Profit schlagen. Im Gegenteil: Sie fristet ein Nischendasein und stagniert, allerdings auf hohem Niveau. Der harte Kern umfasst, so der Jahresbericht des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) für 2009, um die 1200 Exponentinnen und Exponenten, das Reservoir an Mitläufern um die 600 Personen – Zahlen, welche die Nachrichtendienstler seit Jahren herumreichen.

Das Treten an Ort hat vor allem zwei Gründe. Erstens dürften für viele patriotisch gesinnte Jugendliche die erfolg- und einflussreiche SVP und ihre umtriebige Jugendorganisation, die Junge SVP, die weitaus attraktivere Wahl sein. Zumal gewisse SVP-Parteigrössen keine Berührungsängsten gegenüber Rechts kennen, wie drei Beispiele aus dem Jahr 2009 belegen: Der jurassische Nationalrat Dominique Baettig liess es sich im Oktober nicht nehmen, an der rechtsextremen «Convention Identitaire» im französischen Orange eine Rede zu halten. Der Zürcher SVP-Vordenker und -Nationalrat Christoph Mörgeli seinerseits zählte gestandene Rechtsextremisten – Michael Herrmann, Kassier der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS), und PNOS-Gründer Sacha Kunz – zu seinen rund 800 Facebook-Freunden, zumindest bis ihn die «Basler Zeitung» im November darauf aufmerksam machte. Und: Im Dezember vermeldete die islamfeindliche Bürgerbewegung «Pro Köln» den Beitritt des Aargauer SVP-Grossrats und -Fraktionspräsidenten Andreas Glarner, der bereits 2007 mit reisserischen Wahlplakaten wie «Aarau oder Ankara?» aufgefallen war.

Zweitens liegt es an der Heterogenität und gegenwärtigen Verfassung der Neonazi-Szene selbst: Die PNOS als wichtigste rechtsextremistische Kraft ist stark mit sich beschäftigt. Um die beiden – teils miteinander konkurrierenden – Naziskin-Dachorganisationen «Schweizer Hammerskins (SHS)» und «Blood & Honour» ist es 2009 eher still geworden, nachdem sie ihren «Bruderstreit» in den Vorjahren auch schon mal mit Fäusten ausgetragen haben. Ein relativ junges, aus Deutschland importiertes Phänomen stellen die hochorganisierten Kameradschaften dar, die mit wenigen Ausnahmen («Helvetische Jugend», «Waldstätterbund» oder «Frei Nationale Kameradschaft Schweiz-Germania») oft rasch wieder von der Bildfläche verschwinden. Und: Der Kreis der Holocaust-Leugner ist in den letzten Jahren merklich geschrumpft.

PNOS: mit angezogener Handbremse unterwegs

Die politisch ambitionierte PNOS hat eine ihrer turbulentesten Zeiten seit der Parteigründung im September 2000 hinter sich: Gerichtsprozesse, Rücktritte von Exponenten (teils nur ins zweite Glied), Knatsch in den eigenen Reihen sowie eine in letzter Minute abgeblasene Sektionsgründung haben der Partei zugesetzt. Die PNOS ist heute weit davon entfernt, ihren ehrgeizigen Anspruch als salonfähige und ernstzunehmende Polit-Kraft einlösen zu können. Dennoch: Zumindest in der Neonazi-Szene diesseits des Röstigrabens spielen die «Eidgenössischen Sozialisten» noch immer – und vielleicht stärker denn je – die erste Geige.

Die PNOS konnte 2009 ihre Strategie, sich in möglichst vielen Regionen auszubreiten und zu etablieren, nur zum Teil weiterverfolgen. Dabei begann das Jahr für die PNOS verheissungsvoll, gelang es ihr doch, sich endlich ihrer Ursprungsregion formell festzusetzen: Am 17. Januar wurde in Gelterkinden die Sektion Basel-Stadt/Basel-Landschaft aus der Taufe gehoben. Schlag auf Schlag ging es im Herbst: Am 1. November vermeldete die PNOS die Gründung der Sektion Schwyz – eine eigentliche Reorganisation, erfolgte doch gleichzeitig die Auflösung der Ortsgruppe Küssnacht am Rigi. Am 12. November schaltete sie ein Infoportal für den Kanton Aargau auf, die Vorstufe zur Sektionsgründung.

Dünne Personaldecke – schillernde Figuren

Eine Vielzahl von internen Ereignissen dürfte der PNOS einiges Bauchweh bereitet haben: Die fleissige PNOS-Sektion Berner Oberland erlebte 2009 einen veritablen Aderlass auf Vorstandsebene. Anfang Mai trat der Vorsitzende Jordi de Kroon per sofort und «aus persönlichen Gründen» zurück, Mitte Juni tat es ihm der stellvertretende Vorsitzende Mario Friso gleich, auch er «mit sofortiger Wirkung». Nachgerückt sind zwei politisch völlig unbedarfte PNOS-Leute: Marco Gaggioli und Marcel Gafner. Der bislang äusserst aktive Neonazi Friso, der im Sommer 2009 enorm im Rampenlicht stand und deswegen seine Stelle als Koch verlor, stellte wenig später auch den Betrieb seines Aktionsportal «Nationaler Beobachter Berner Oberland» ein. Ebenfalls im Juni berichtete der «Walliser Bote», dass die PNOS entgegen ihrer Ankündigung im Wallis keine Sektion gründen würde. Als Präsident wäre der «Blood & Honour»-Mann Jonathan Leiggener vorgesehen gewesen.

Anfang Oktober trat zudem der Kopf der PNOS-Sektion Emmental, der Hammerskin Markus Martig, «wegen Differenzen» aus der Partei aus. Ein Abgang, der die Partei doppelt schmerzte: Martig war Mitglied des Bundesvorstandes gewesen und hatte auch als Mediensprecher fungiert. Auch der einzige PNOS-Parlamentarier, Timotheus Winzenried, trat am 15. November – nach nur einem Amtsjahr – aus dem Langenthaler Stadtrat zurück. Zugleich verliess der als Hoffnungsträger gefeierte Winzenried auch die Partei. «Wir waren noch nie so stark wie jetzt», liess sich der regionale PNOS-Chef Dominic Lüthard darauf in der «Berner Zeitung» zitieren. Trotzdem musste nochmals Tobias Hirschi ran, der zuvor als Mitglied der Langenthaler Legislative keine grossen Stricke zerrissen hatte. Doch damit nicht genug: Ende Dezember musste sich die PNOS von ihrem eigenen Kandidaten fürs Gemeindepräsidium in Langnau am Albis distanzieren. Georg Jaggi hatte keinen Hehl aus seiner völkischen Gesinnung gemacht: «Ich möchte die germanische Rasse vertreten.»

Gerichtstermine sind fester Bestandteil der PNOS-Agenda. Das war 2009 nicht anders. Am 28. Januar verurteilte das Bezirksgericht Aarau die fünf aktiven oder ehemaligen PNOS-Exponentinnen und -exponenten Denise Friederich, André Gauch, Michael Haldimann, Adrian Spring und Dominic Bannholzer zu Geldstrafen: Das frühere Parteiprogramm der PNOS – eine Kopie des 25-Punkte-Programms der NSDAP – hatte gegen die Rassismus-Strafnorm verstossen. Am 18. März befand das



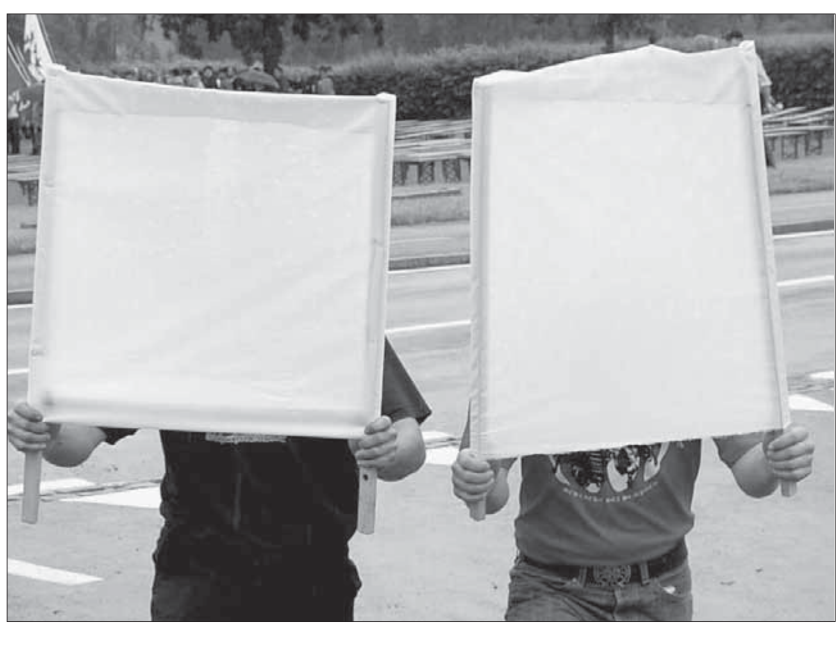
Das Online-Portal «Nationaler Beobachter» ist eingeschlafen.

Bezirksgericht Brig Jonathan Leiggener und 17 weitere Neonazis der Rassendiskriminierung für schuldig. Sie hatten am 17. September 2005 in Gamsen das von 400 Rechtsextremen besuchte «ISD-Memorial» (ISD sind die Initialen des 1993 verstorbenen «Screwdriver»-Sängers Ian Stuart Donaldson) organisiert, an dem unter anderem die Zürcher Rechtsrock-Band «Amok» aufgetreten war. Das Schweizer Fernsehen hatte das Konzert mit versteckter Kamera dokumentiert. Drei der Organisatoren erhielten bedingte Freiheitsstrafen, die anderen 15 bedingte Geldstrafen.

Mehr Glück hatte Dominic Lüthard, der im Oktober 2008 die damalige Miss Schweiz Whitney Toyloy als «Geschwür» bezeichnete hatte. Das Amtsgericht Aarwangen-Wangen sprach ihn am 1. April vom Vorwurf der Rassendiskriminierung frei – ein schlechter Scherz. Mächtig Ärger eingehandelt hat sich der damalige Präsident der Basler PNOS-Sektion, Philippe Eglin. Er bezeichnete im Juni das Tagebuch der Anne Frank als «geschichtliche Lüge», die zur «Holocaust-Indoktrination» von Kindern diene. Die Basler Staatsanwaltschaft erhob Anklage, auch verlor Eglin seine Stelle als Logistiker bei Novartis. Und: Am 16. September verurteilte das Landgericht Uri Markus Martig wegen Rassendiskriminierung und Holocaust-Leugnung zu einer bedingten Geldstrafe sowie zu einer Busse. Martig hatte als Redner an der PNOS-Feier am 5. August 2007 auf dem Rütli unter anderem behauptet, die Rassismus-Strafnorm sei installiert worden, «um eine geschichtliche Lüge zu stützen».

Kleiner Coup am 8. März

Trotz aller Unbill: Die PNOS gab innerhalb der Neonazi-Szene auch 2009 den Takt an. So bestimmte sie die Agenda der Aufmärsche. Für den 8. März rief die PNOS zu einer Demonstration «Für Meinungsfreiheit – Antirassismusgesetz abschaffen!» in Burgdorf auf. Die Antifa kündigte Proteste an, die Behörden erlaubten der PNOS deshalb nur eine Kundgebung auf einem abgelegenen Parkplatz. Die Neonazis verlegten ihre Aktion kurzfristig nach Bern und schlugen so der Antifa und der Polizei ein Schnippchen. Die 150 Rechtsextremen mussten ihre Kundgebung auf dem Berner Bundesplatz allerdings im Schnellzugstempo durchziehen. Auch bei den längst zum Ritual gewordenen Auftritten an der Schlachtfeier in Sempach (27. Juni) und zum 1. August (Nationalfeiertag) übernahm die PNOS den



Inhaltsleere Sempacher Schlachtfeier 2009.

Jahresrückblick 2009

inhaltlichen und organisatorischen Lead. In Sempach beteiligten sich gut 200 Neonazis am Marsch zum Schlachtgelände, auch rund 100 Antifas markierten in Sempach Präsenz. Rund 180 Personen folgten am 2. August einem Aufruf der PNOS zu einem «Nationalfeiertag der eidgenössischen Jugend». Als Redner traten Dani Herger, Exponent des «Waldstätterbund», der Westschweizer Holocaust-Leugner Philippe Brennenstuhl sowie Philippe Eglin auf.

Die PNOS lud 2009 regelmässig zu (Bildungs-)Veranstaltungen mit rechtsextremen Intellektuellen. Am 8. Februar sprach in Langenthal Bernd Rabehl, einst Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS), heute der Extremen Rechten zugeneigt. Rabehl votierte in seiner Rede für die Querfront. Mit dem Hamburger Reinhold Oberlercher referierte am 26. Juli in Langenthal ein weiterer ehemaliger 68er, der sich selbst als «Nationalmarxist» bezeichnet. Sein Thema: «die Notwendigkeit einer nationalen und sozialen Revolution». Am 15. August feierte die PNOS Berner Oberland ihr dreijähriges Bestehen. Neben der deutschen Rechtsrock-Band «Act of Violence» trat unter anderem ein «völkisches Urgestein» aus dem Kanton Bern als Referent auf, der in Gesetzen wie der Rassismus-Strafnorm «die Grundlage für die biologische und kulturelle Vernichtung Europas» sieht. Der Wiener Revisionist und Publizist Walter Marinovic bestritt den Hauptprogrammpunkt des PNOS-Parteitags am 8. November in Langenthal und hielt eine Lobrede auf den Dramatiker Friedrich Schiller.

Auch beim – inzwischen geschlossenen – Neonazi-Treffpunkt «RAC-Café» (RAC steht für «Rock against Communism») auf dem Areal der Langenthaler Porzellanfabrik zogen PNOS-Exponenten die Fäden: Benjamin Lingg, Stellvertretender Vorsitzender der PNOS-Sektion Willisau, und Dominic Lüthard. Das Lokal lockte im vergangenen Jahr viel rechtsextremes Party-Publikum aus dem In- und Ausland an – und mutierte zum Politikum: Die Nachbarschaft beklagte sich wiederholt über den nächtlichen Lärm.

Eidgenossen-Romantik und unverhohlener Rassismus

Eine ganze Reihe weiterer nationalistischer (Kleinst-)Cliquen, mehrheitlich der noch jungen Schweizer Kameradschaftsszene zuzuordnen, setzte sich 2009 auf unterschiedliche Weise in Szene. Ihr Aktionsradius beschränkte sich meist auf eine bestimmte Region, ihr Mobilisierungspotenzial hielt sich in Grenzen (30 bis 100 Teilnehmende). Mit einem «nationalen Abendspaziergang» am 23. Januar in Luzern protestierte ein bislang unbekannter «Nationaler Widerstand des Kantons Luzern» gegen die Schliessung des Gemeinschaftsraumes der Kameradschaft «Morgenstern», die in der Region Sempach aktiv ist. In letzter Minute vereitelt wurde hingegen eine «Kundgebung gegen Kinderschänder» am 13. Juni in Aarau. Hinter der Aktion steckte Marina Rechsteiner aus Wiedlisbach, die der «Frei Nationalen Kameradschaft Schweiz-Germania» nahesteht. Der im Mai 2008 gegründete «Waldstätterbund» um den Schwyzer PNOS-Exponenten Dani Herger veranstaltete am 11. September in Ennetmoos bei Stans eine «Gedenkfeier zum Franzosenüberfall von 1798». Am 14. November liess der Bund eine «Gedenkfeier zur Schlacht bei Morgarten» folgen, Fackelumzug inklusive.

Die rechtsextreme, im Oberaargau und ländlichen Luzern beheimatete «Helvetische Jugend» – das Kürzel HJ stand einst auch für die Hitler-Jugend – konnte ihr Aktionsfeld markant ausweiten. Seit dem 21. Juni 2009 verfügt die HJ über einen Ableger im Berner Oberland und betätigt sich mehr denn je als Jugend- und Vorfeldorganisation der PNOS. Der «Nationale Beobachter» definierte in einem Bericht zur Gründungsfeier die Rolle der HJ so: «Unser Nachwuchs im Berner Oberland wird von nun an hauptsächlich in die Kameradschaft der HJ Oberland integriert werden und politisch der örtlichen PNOS-Sektion angehören.» Gemeinsam mit der Mutterpartei führte die HJ am 14. November denn auch in Thun, Spiez und Einigen eine Flugblattaktion zur Minarett-Initiative durch.



Familie Rechsteiner in Aktion.

In Genf sorgte im vergangenen Jahr die xeno- und islamophobe Gruppierung «Jeunesses Identitaires» um Jean-David Cattin mit teilweise ausgefallenen Aktionen für Aufsehen. Zwei Beispiele: Am 30. Mai befestigten Aktivisten ein Transparent mit der Aufschrift «Reprenez vos Clandestins» («Nehmt eure Illegalen zurück») ans Portal der algerischen Botschaft. Am 7. November wurde das Quartier Petit-Saconnex, Standort der Genfer Moschee, gegen 7 Uhr morgens aus einem fahrenden Auto mit einem Muezzin-Gebetsruf beschallt. Ebenfalls im November war die Moschee zweimal Ziel eines Anschlages – wer hinter den Attacken steht, ist bis heute unklar.

Wenig schwer verdauliche Musikkost

Arm an (Konzert-)Höhepunkten, nur ein neuer Tonträger: Das Jahr 2009 war kein guter Musikjahrgang für hiesige Neonazis. Hat die Schweiz ihr Image als Rechtsrock-Konzertparadies Europas definitiv abgestreift? Zumindest sind die Behörden wachsamer als auch schon, was die rechtsextreme Szene zur konspirativen Organisation ihrer Konzerte zwingt. Mit der Folge, dass die Teilnehmerzahl meist klein bleibt. Am 25. April veranstalteten die Schweizer Hammerskins (SHS) und ihr Unterstützungsnetzwerk «Crew 38» einen Rechtsrock-Event im Raum Zürich. Vor rund 250 Personen spielten die drei deutschen Bands Propaganda, Sturmtrupp und Radikahl. Am 31. Juli trafen sich rund 200 Neonazis zur Plattentaufe der Band «Indiziert» in Huttwil: «Das riecht nach Ärger» heisst das bereits vierte Album der Band um die beiden Burgdorfer Brüder Alex und Cédric Rohrbach. Insgesamt brachte es «Indiziert» 2009 nur auf zwei Auftritte. Im September gab die Band ein Konzert am «ISD-Memorial» im italienischen Verona. Am 8. August fand in einer Waldhütte in Männedorf zudem ein von rund 100 Rechtsextremen besuchtes Konzert mit drei deutschen Bands und einer Balladen-Sängerin statt.

Braune Klänge wurden 2009 auch ausserhalb der Neonazi-Szene geboten: Am 25. April traten im Zuger Kulturzentrum «Industrie 45» unter anderem die rechten Metal-Bands «Riger» und «Varg» aus Deutschland auf, die beide gerne mit NS-Symbolik kokettieren. Zumindest «Varg» wird dem «National Socialist Black Metal» (NSBM) zugerechnet. Nicht in die Schweiz einreisen durfte hingegen Marko Perkovic alias «Thompson». Der kroatische Ultranationalist und Rechtsextremist, der in seinem Liedgut auch die Ustascha-Faschisten verherrlicht, hätte am 3. Oktober in einem Dancing in Kriens ein Konzert geben sollen. Als Ersatz-Act trat der Kroate Ante Matic auf – und sang fast ausschliesslich «Thompson»-Lieder. Im Saal trugen mehrere Besucher einschlägige T-Shirts oder schwenkten faschistische kroatische Fahnen.

Geschichtsrevisionismus vor grossem Publikum

Die merklich geschrumpfte Szene der Negationisten und Holocaust-Leugner verbreitete ihre kruden Thesen im vergangenen Jahr nur punktuell. Eine Veranstaltung der völkisch-heidnischen Avalon-Gemeinschaft widmete sich am 28. März in Solothurn dem NSDAP-Führer-Stellvertreter Rudolf Hess. Als Referenten traten sein letzter Krankenpfleger, Abdallah Melaouhi, und der deutsche Revisionist Olaf Rose auf. Diese hätten die Ermordung von Hess durch die Engländer «meisterlich» aufgezeigt, resümierte der Westschweizer Holocaust-Leugner Gaston Armand Amaudruz in seinem Heft «Courrier du Continent».
Neben Philippe Brennenstuhl – am PNOS-Aufmarsch auf dem Rütli (siehe oben) – hatte auch Bernhard Schaub 2009 einen medienwirksamen Auftritt: Der Holocaust-Leugner referierte am 31. Oktober am Kongress der Anti-Zensur-Koalition in St. Gallen. Vor fast 2000 Zuhörerinnen und Zuhörern verlangte er eine Revision der Geschichte und sprach beiläufig auch von «Negern». Im fernen Moskau meldete sich zudem der prominenteste Schweizer Justiz-Flüchtling, Jürgen Graf, zu Wort. Der Revisionist hielt am 15. April einen Vortrag an einer Privatuniversität, welche vom bekannten russischen Rechtsextremisten Wladimir Schirinowski gegründet worden war.



Schaub am AZK-Kongress.

Attacken, Provos, Prügeleien – in trauriger Regelmässigkeit

Die menschenverachtende Gesinnung der Neonazis gipfelt immer wieder in Übergriffen von teils erschreckender Brutalität, so auch im vergangenen Jahr: In den Nächten auf den 22. und 26. März zerstörten Rechtsextreme Fenster, Türen und den Tischfussballkasten des autonomen Kulturzentrums «LaKuZ» in Langenthal. Am 2. Mai griffen rund 15 Naziskins ein von Punks und linken Jugendlichen veranstaltetes «Antifaschistisches Bräteln» in Biglen an. Mit Baseballschlägern und Schlagringen ausgerüstet, lauerten sie beim Bahnhof den Abreisenden auf. Ein 16-Jähriger aus der linken Szene wurde spitalreif geschlagen. Am 6. Juni versuchte eine grössere Gruppe Rechtsextremer, den Umzug der schwullesbischen «Euro-Pride» in Zürich zu stören. Die Polizei nahm insgesamt 30 Störer fest, die unter anderem rechtsextreme Parolen skandierten.
Rechtsextreme prügelten sich am 8. Oktober am Jahrmarkt von Kaltbrunn mit anderen Festbesuchern. Traurige Bilanz: zwei Verletzte. Herbeieilende Polizisten wurden provoziert und übel beschimpft. Zwei Personen setzten sich bei ihrer Festnahme heftig zur Wehr. Unbekannte bewarfen am 1. November in Möriken eine Asylunterkunft mit Eiern und beschädigten eine Türe sowie eine Fernsehantenne. Auch sprayten sie «Tamil stirb», «Heil Hitler» und Hakenkreuze. Vor dem Areal des «Bar & Pub Festivals» in Tuggen lieferte sich eine Naziskin-Clique aus dem Glarnerland in der Nacht auf den 8. November eine wüste Keilerei mit weiteren Jugendlichen. Vier Personen mussten sich im Spital behandeln lassen. Und: In Saillon provozierte am 5. Dezember ein Naziskin in einer Disco die Umstehenden zunächst mit Nazisprüchen. Als ihn ein Schweizer kosovarischer Herkunft massregelte, stach er diesem mit einem Messer in den Hals. Das Opfer überlebte nur mit viel Glück. Später wurde bekannt, dass der Naziskin am selben Abend bereits einem Musiker zwei Zähne ausgeschlagen hatte.

Auch die Justiz bekommt es regelmässig mit Nazi-Schlägern zu tun. Drei exemplarische Fälle aus dem Jahr 2009: Das Glarner Kantonsgericht verurteilte am 21. Januar zwei Neonazis aus Hombrechtikon und Rüti – einer der Täter ist Schlagzeuger bei der Band «Amok» – wegen ihrer Beteiligung am Angriff auf eine Juso-Veranstaltung im Glarner Volksgarten vom Sommer 2007 zu Geldstrafen. Bei der Attacke hatte es Verletzte gegeben, unter ihnen auch Zivilpolizisten, die eingeschritten waren. Am 27. Januar mussten sich drei Naziskins, die einen Hörbehinderten spitalreif geschlagen hatten, vor dem Bezirksgericht Aarau verantworten. Die Rechtsextremen hatten das Opfer noch traktiert, als es bereit auf dem Boden gelegen hatte. Auch sie erhielten Geldstrafen. Glimpflich davon gekommen – mit bedingt ausgesprochenen Strafen und einem Freispruch – sind am 2. September hingegen sieben Neonazis, die zwischen Mai 2005 und Anfang 2007 bei diversen Veranstaltungen mehrere Personen teilweise erheblich verletzt hatten. Wegen der schlampigen Ermittlungsarbeit der Untersuchungsbehörden in drei Kantonen fehlten dem Baselbieter Strafgericht die griffigen Beweise.

Das kurze Kapitel einer Neonazi-Bar

Das Seilziehen um die «Royal Aces Tattoo-Bar»

Zurzeit gibt die geschlossene Bar an der Rütschelengasse in Burgdorf ein erbärmliches Bild ab: Der Raum ist dunkel, die Stühle sind hochgestellt, und die grossen Scheiben zieren Spinnweben vom letzten Anschlag. Ein Resümee über ein bisher einmaliges, aber kurzlebiges Projekt der rechtsextremen Szene in der Schweiz.

Das Vorhaben ist dreist: Am 12. Mai 2010 eröffnet die örtliche Neonaziszene in Burgdorf mit der «Royal Aces Tattoo-Bar» den ersten öffentlichen Treffpunkt für Neonazis in der Schweiz. Als Betreiberin des Lokals fungiert Sophie Güntensperger, die Freundin des langjährigen Burgdorfer Naziskins Reto Siegenhaler, mit dem sie auch die Wohnung teilt. Für den Umbau der Bar konnte Güntensperger auf die handwerkliche Unterstützung ihrer rechtsextremen Kameraden zählen. Unter anderem ging der Burgdorfer Alex Rohrbach, Burgdorfer Gitarrist der Rechtsrock-Band «Indiziert», in der Renovationsphase ein und aus.

Auch wenn auf der Website der Bar keine politischen Aussagen prangen, ist die politische Stossrichtung eindeutig. Die Fangemeinde auf der Facebook-Seite spricht nämlich eine andere Sprache: Neben Adrian Segessenmann (Präsident der neuheidnisch-rassistischen Avalon-Gemeinschaft), Cédric Rohrbach (Schlagzeuger der Rechtsrock-Band «Indiziert») oder Michael Herrmann (Präsident der PNOS-Sektion Basel) zählt auch das Führungsduo der PNOS-Landesleitung, Dominic Lüthard und Denise Friedrich, zum Freundeskreis – allesamt wohl bekannte Vertreterinnen und Vertreter der Extremen Rechten. Auch der Name «Royal Aces Tattoo-Bar» kommt nicht von ungefähr, sondern nimmt Bezug auf den Song «Royal Aces» der deutschen Neonazi-Band «Barking Dogs», der von «stolzen und tätowierten Rebellen» handelt und den Strassenkampf zum «Heiligen Krieg» erklärt.

Zusatzangebot Neonazi-Tätowierer

Trotz des medialen Rummels rund um die Bar macht Christian Riegel sechs Wochen später mit der Eröffnung des Tattoo-Studios das Angebot komplett. Der 30-Jährige scheint in der rechtsextremen Szene gut verankert, wie sein Facebook-Profil offenbart.
Aus seiner Gesinnung macht der Waffennarr auf Facebook keinen Hehl: Bei «Politischer Einstellung» in der Rubrik «Info» prangt ein Hakenkreuz, und im Fotoalbum posiert der Kahlgeschorene mit einem Kameraden vor einer Hakenkreuzfahne. Riegels Brust schmückt ein Hakenkreuz-Tattoo mit Revolver, und auch das Logo der Crew 38, des internen Unterstützungsnetzwerks der militanten Hammerskin-Nation, fehlt nicht – zweifelsohne ein Bilderbuch-Neonazi. Die besonders delikaten Fotos hat Christian Riegel inzwischen aus seinem Facebook-Fotoalbum entfernt.

Weder der Verwalter noch der Besitzer der Liegenschaft scheinen sich an der Szenebar zu stören – im Gegenteil. Der Immobilien-Treuhänder Jürg Jost aus Burgdorf, der die Liegenschaft im Auftrag von Urs Glauser (Niederhünigen) betreut, stellt sich sogar standhaft hinter seine rechtsextreme Mieterschaft. Seinen Namen will er aber partout nicht in der Presse lesen, was er auch gegenüber Journalisten mit nicht zitierbaren Kraftausdrücken deutlich macht.

Die erste Medienwelle zur Eröffnung beschert der «Royal Aces Tattoo-Bar» zwar lokale Bekanntheit, einen Popularitätsschub verleiht sie ihr hingegen nicht. Nach einem schwungvollen Auftakt schwindet die Gästezahl nun merklich. Meist ist es nur noch eine Handvoll Rechtsextremer, die sich abends am Tresen treffen – das «normale» Publikum bleibt fern.

Ein Farbanschlag bringt Bewegung

Im Juni erhält die «Royal Aces Tattoo-Bar» einen nächtlichen Farbanstrich, worauf der Regierungsstatthalter – nach einer Lagebeurteilung auf Antrag der Stadt Burgdorf – dem Etablissement per sofort die Betriebsbewilligung entzieht. Die Lage sei riskant und es sei mit weiteren Anschlägen zu rechnen, somit stelle die Bar eine «erhebliche Gefahr für die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit» dar, so die Begründung. Betreiberin Sophie Güntensberger reicht gegen den Schliessungsentscheid bei der kantonalen Volkswirtschaftsdirektion Beschwerde ein. Ihr Betrieb sei kein Klublokal für Rechtsextreme, sondern eine «ganz normale Bar für jedermann».
Die Beschwerde zeigt Wirkung, Güntensberger kann ihre Bar vorübergehend wieder öffnen. Doch die Freude ist nur von kurzer Dauer. Noch bevor der Entscheid der Volkswirtschaftsdirektion aussteht, greifen Unbekannte abermals die Bar an. Diesmal wird die mittlerweile ersetzte Glasfront mit Steinen eingeschlagen. Nach diesem zweiten Vorfall entscheidet die Volkswirtschaftsdirektion, gestützt auf Einschätzungen der örtlichen Behörden, das Lokal aus Sicherheitsgründen erneut zu schliessen – diesmal ohne aufschiebende Wirkung. Eine weitere Öffnung der Bar könnte neue Angriffe provozieren, «wobei auch eine Gefährdung von Leib und Leben nicht ausgeschlossen werden kann», so die Polizeimitteilung.
Die Lichter der «Royal Aces Tattoo-Bar» bleiben somit bis auf weiteres aus. Und es macht nicht den Anschein, als wären die Rechtsextremen gewillt, den Entscheid an eine nächst höhere Instanz weiter zu ziehen.



Der Joker hat ausgegrinst.

Eine Feier im Abseits

Gemeinsamkeiten von Innerschweizer und deutschen Nazibarden

Die offizielle Schlachtfeier in Sempach verlief dieses Jahr ruhig. Eine Woche darauf zogen jedoch an die 150 Neonazis zum Schlachtdenkmal und trafen sich nach der obligaten Kranzniederlegung zu einem Liederabend in Oberarig in der Nähe von Nottwil.

Aufgrund der letztjährigen Geschehnisse um die Schlachtfeier in Sempach gestaltete sich die Situation in diesem Jahr erheblich komplizierter. Nachdem Neonazis in den Jahren davor immer zahlreicher am Umzug teilnahmen, geriet der Aufmarsch 2009 in den Blick einer breiteren Öffentlichkeit. Einerseits aufgrund der gelungenen Moblilisierung linker Gruppierungen nach Sempach, andererseits durch die grosse Medienaufmerksamkeit nach der Veröffentlichung von Nahaufnahmen sämtlicher Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die Autonome Antifa Freiburg im Jahr 2008. Die Gegendemonstration zum Naziaufmarsch löste bei den Verantwortlichen derartige Ängste vor einer Konfrontation aus, dass sie beschlossen, die offizielle Gedenkfeier aufgrund des «schlechten Wetters» im Städtchen zu belassen. Die Neonazis konnten trotzdem ungehindert ihren Marsch zum Denkmal durchführen, während die Gegendemonstrantinnen und -demonstranten polizeilich blockiert und eingekesselt wurden.

Schwächere Mobilisierung

Als logische Konsequenz fand die diesjährige offizielle Schlachtfeier in Form eines Gedenkgottesdienstes ohne Marsch zum Schlachtdenkmal statt, auch um die eigenen Hände vom Vorwurf, Plattform für die mittlerweile grössten Neonazi-Aufmärsche in der Schweiz zu sein, reinzuwaschen. Die in der Region federführende PNOS-Sektion Willisau sah sich deshalb vor dem Problem, nicht mehr willkommen zu sein. Sie riefen erfolgreich zu einer Nicht-Teilnahme auf und versuchten, heimlich auf das nachfolgende Wochenende zu mobilisieren. Die Folgen: deutlich weniger Teilnehmerinnen und Teilnehmer als in den Jahren zuvor und Antifas, die trotzdem vor Ort waren, um den Nazis die Suppe gehörig zu versalzen.

Am 3. Juli wurden die allmählich eintreffenden Neonazis via Schleusenpunkt zum Schützenparkplatz gewiesen, von wo aus um 17 Uhr der Marsch Richtung Schlachthöhe begann. Unter den Teilnehmern befanden sich nebst vielen altbekannten Gesichtern vor allem Leute aus der Inner- und Ostschweiz sowie erstaunlich viele Aktivistinnen und Aktivisten aus dem Umfeld von «Blood & Honor». Der Luzerner Neonazi Daniel Villiger, welcher massgeblich an der Organisation der Feier mitwirkte, informierte allgemein über den Ablauf des Anlasses, worauf Adrian Segessenmann über Kostenaufwendungen der Stadt Sempach für den Polizeieinsatz schwadronierte. Nach weiteren unspektakulären Reden im Regen, welchen strammstehend und diszipliniert gelauscht wurde, legten die Teilnehmer im Gedenken an ihre (Phantasie-)Helden und antiquierten Schweizbildern den obligaten Kranz am Denkmal nieder. Der Polizeieinsatz beschränkte sich laut eigenen Angaben auf eine Streife zwecks Überwachung des Anlasses – diese war aber weit und breit nirgends zu sehen.

Sanfte Klänge – üble Drohungen

Im Laufe des Abends trafen sich die «Patrioten» zu einem musikalischen Tagesabschluss im kleinen Weiler Oberarig bei Nottwil. Als Mieter des Partylokals fungierte wiederum Daniel Villiger. Es traten der bayerische Liedermacher «Flex» (Felix Benneckenstein, wohnhaft in Dortmund) sowie der Barde «Fylgien» (Sebastian Döring, Berlin) auf. Vermietet wurde das Lokal durch einen Lukas Meier, welcher nachträglich – wie bei derartigen Anlässen üblich – von nichts wissen wollte; auch telefonisch war er nur mehr schwer zu erreichen.

Die PNOS schien vorerst über den ungestörten Ablauf «ihrer» Feier ganz glücklich, bis sie bemerkte, dass ihr Kranz von aufmerksamen Antifa-Aktivistinnen und -Aktivisten beschlagnahmt worden war. Dies schien sie derart zu ärgern, dass der Präsident der Sektion Willisau, Michael Vonäsch, kurzerhand ein Kopfgeld auf besagte Antifas ausschrieb, jegliche Linken des Kantons Luzern physisch zur Verantwortung ziehen wollte und damit drohte, künftig niedergelegte Kränze mit Sprengfallen zu sichern. Womit Vonäsch die Reichweite der politischen Ideen der PNOS und deren Einfaltigkeit erneut untermauerte.

Neonazis: isoliert und auf sich selbst zurückgeworfen

Wie die Schlachtfeier in Zukunft aussehen wird, ist bislang unklar. Der Kanton Luzern möchte den Anlass erweitern und modular gestalten, wodurch eine grössere Flexibilität im Umgang mit etwaigen Störenfrieden erreicht werden soll. Bei den Neonazis hingegen zeichnet sich, wie bei der Rütlifeier auch, als Antwort ein Trend hin zu eigenständigen Anlässen ab. Was durchaus auch sein Gutes hat: So kann den politisch unbedeutenden und marginalisierten Neonazis die viel zu hohe Medienaufmerksamkeit entzogen werden, welche sie sich durch Teilnahme an offiziellen Veranstaltungen immer wieder zu nehmen wussten. Und: Wie wir bereits gesehen haben, kann im kleinen Rahmen viel effektiver gegen ihre Feiern vorgegangen werden.

Antifa Oberland

Mehr Herzeli für die «Hauptstadt der Anarchie»

Anti-Reitschule-Initiative: Biedermänner gegen den Rest der Welt

Liebe TerroristInnen, MörderInnen und AntifaschistInnen: Eigentlich könnte man sich ja angesichts der Furzidee von Erich Hess gemütlich zurücklehnen und den «Reitschule bietet mehr»-Sommerherbst geniessen. Mit einer Annahme der SVP-Initiative «Schliessung und Verkauf der Reitschule an den Meistbietenden» ist kaum zu rechnen (trotzdem Nein stimmen gehen, gell!), und selbst dann würden «wir» die Reitschule kaufen. Und notfalls würde sich ja Genosse Gaddafi mit Blocher eine milliardenschwere Gebote-Schlacht um die Reitschule liefern…

Freiraumschwund und Menschenhatz

Doch was beim ganzen «Reitschule bietet mehr»-Hype ein wenig untergeht, ist die Erkenntnis, dass die Attacken der SVP-Prinzen Erich Hess und Thomas Fuchs auf das autonome Kultur- und Begegnungszentrum nur die Spitze des Eisbergs sind. Die Angriffe (teilweise übrigens oft heftiger von Linksgrünmitte-Bürgerlichen) auf andere Freiräume, alternative Projekte und Begegnungsorte in dieser Stadt – also auf Gassenbeizen, besetzte Häuser und Wagenplätze sowie auf den öffentlichen Raum (Heiliggeistkirche, Bahnhof(platz), Bundesterrasse, Kleine und Grosse Schanze, Innen- und Altstadtgassen etc.) – sind zum Wohle der «flanierenden PassantInnen» schon lange am Laufen (repressive Drogen-, Vertreibungs- und Sozialpolitik, Überuniformierung, Gesetzes- und Reglementierflut, Privatisierung, Gentrifizierung etc.). Und damit natürlich auch die Dämonisierung und Kriminalisierung (zum Beispiel Wegweisungen) ihrer BenützerInnen und anderer Unliebsamer (Haus-/PlatzbesetzerInnen, DemonstrantInnen, Drogenkonsumierende, DealerInnen, Punks, BettlerInnen, Sans-Papiers, Antifas, Jugendliche etc.). Hinzu kommen die Angriffe gegen die auf nationaler Ebene Angefeindeten (AusländerInnen, SozialhilfebezügerInnen, Muslime, Ausschaffungshäftlinge etc.).

Amok-Ritter gegen die linksgrüne Weltverschwörung

Hinter den Angriffen von Rechtsaussen – immer im «Interesse» aller «Opfer» der linksgrünen Weltverschwörung gegen die «BürgerInnen» – steckt in der Region Bern meist das Dream-Team Hess & Fuchs. Ihr Motto: Egal mit welchem Thema, egal mit welchem Nonsens, egal auf wessen Kosten – Hauptsache, wir sind in den Schlagzeilen. Diese Strategie geht unter anderem dank der «20-Minuten»-Gesellschaft und guter «Blick am Abend»-Connections auf: Die beiden Stadtberner SVP-Politiker (leitende SVP- und JSVP-Posten sowie etliche sonstige Parteiämtli) stiegen und steigen das Karriereleiterli hinauf und sitzen demnächst zusammen im Berner Grossen Rat. Beide berichten und hetzen seit Jahren mit ihrem Kampfblatt «Bern Aktuell» (Vereinsblatt der «überparteilichen» Vereinigung «Bern Aktiv», «(...) bald die einzige neutrale Zeitung, die nicht mit linkslastiger Berichterstattung die Meinung und Gunst ihrer Leser manipuliert») im Geiste Blochers über und gegen alles, alles was nicht recht(en)s ist in der «Hauptstadt der Anarchie»*.

Während Hess, unterstützt von Fuchs, gerade mit seiner üblen Hetzkampagne die Anti-Reitschule-Initiative forciert, agitiert Fuchs gegen das Bleiberechts-Camp auf der Kleinen Schanze («Sans-Papiers und Linksextremisten»), gegen die Wagenplätze-Stadttauben («Plage») und Zaffaraya («illegale Bauten») im Einzelnen und Wohnexperimentzonen im Generellen.

Beide sind in etlichen Vereinen und Gruppierungen aktiv: So leitet etwa Thomas Fuchs als Vereinspräsident zusammen mit Hess-Loverin, Shawn-Fielding-Busenfreundin und neu auch SVP-Mitglied Sylvia Lafranchi die Geschäfte von «Pro Libertate», einem Zusammenschluss von ehemaligen Kalten KriegerInnen und jetzt «freiheitlichen» SchweizerInnen. Auch für das leibliche Wohlergehen ist das Duo aktiv: Fuchs amtet als Präsident der Samaritervereinigung der Stadt Bern und managt zusammen mit Hess den Samariterfahrdienst Bern-Biel-Thun – was einem angesichts von Erich Hess leidlich bekanntem Umgang mit Alkohol am Steuer nur ungeheuer vorkommen kann...

Neuestes «seriös» wirkendes Vehikel im Kampf gegen alles ist der «Bund der Steuerzahler» (BDS), bei dem Fuchs als «Geschäftsleiter» amtet und gegen Zaffaraya und Reitschule hetzt.

«No pasaran!» heisst, dem was entgegenzusetzen

Also ihr TerroristInnen, MörderInnen und AntifaschistInnen: Es ist wie immer – machen statt motzen: Anstatt ständig bei Bier und Wein in und vor der Reitschule zu hocken und die neuesten Räubergeschichten über SVP-Amok-RitterInnen auszutauschen und nur für YB mal aus der Reitschule-Burg zu gehen, wird es endlich wieder Zeit, ausserhalb aktiv zu werden. Denn es gibt neben der Reitschule in dieser Stadt noch andere Freiräume und Begegnungsorte, die erkämpft, verteidigt und wiedererobert werden müssen. Und auch wenn die Reitschule mehr bietet: Manchmal ist es schön, hie und da auch woanders hingehen zu können, um sich dort mit anderen SVP-Hassobjekten auszutauschen und gemeinsame Aktionen zu planen. Und überhaupt: Der Kampf gegen Rassismus, Sexismus, Ausbeutung und gegen andere Unterdrückungsformen und für Freiräume und Begegnungsorte aller Art findet nicht (nur) an Abstimmungssonntagen statt, sondern in unseren Herzen und Köpfen und auf den Strassen und Plätzen dieser Stadt! Und letztere braucht dringend wieder 1, 2, 3, ... viele EdelweisspiratInnen!

Mehr Herzeli – weniger SVP!

Bleiberecht für alle!

Hopp Reitschule, Hopp Züri West, Hopp YB!

Müslüm for Stadtpresident!

Hans Dampf 2010

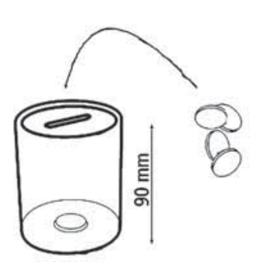
** «Hauptstadt der Anarchie. Die Chaoten gingen nicht nach Bern – sie leben da.» (Sonntagszeitung, 14. Oktober 2007, Headline nach dem 1. Anti-SVP-Tag vom 6. Oktober 2007)*





Kapital dem Kampf!

Zaster, Kohle, Money... Auch wir kommen leider nicht ohne aus. Das Magazin lautstark!, die Website, Flyer, Flugis und die Aufrechterhaltung unserer Infrastruktur müssen bezahlt werden. Deshalb sind wir auch über finanzielle Solidarität dankbar!



(Spenden)-Postkonto: 84-472259-7
Vermerk: Spende
Oder einfach Geld in ein Kuvert packen und an folgende Adresse schicken: Antifa Bern, Postfach 5053, 3001 Bern

Lieben Dank allen SpenderInnen!

Soliabo

Das «lautstark!» kann auch abonniert werden. Schicke Fr. 20.– an:

Antifa Bern
Postfach 5053
3001 Bern

Und du erhältst die nächsten drei Antifa-Zeitungen bequem in deinen Briefkasten.

Impressum:

Redaktion, Bilder und Layout: Antifa Bern
Auflage: 6000 Stück.
Das «lautstark!» erscheint dreimal jährlich.
Erscheinungsdatum: 14. September 2010
Kontakt: Antifa Bern, Postfach 5053, 3001 Bern
Web: www.antifa.ch
E-Mail: info@antifa.ch